

Aktuelle Herausforderungen für Montenegro

Im Verhältnis zu seinen Nachbarn zeichnet sich der kleine multiethnische Westbalkanstaat sowohl politisch als auch wirtschaftlich durch eine gewisse Stabilität aus. Doch trotz laufender EU-Beitrittsverhandlungen, dem Willen zur NATO-Integration und konstruktiver Außenpolitik in der volatilen Region bedarf es politischen Willens, endlich schwierige ausstehende Reformen anzugehen und Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu modernisieren.

Reformen im Schnecken tempo

Fast zwei Jahre sind vergangen seit dem offiziellen Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Montenegro, zwei der insgesamt 35 Verhandlungskapitel (Kultur und Bildung, Wissenschaft und Forschung) sind provisorisch abgeschlossen: die Regierung in Podgorica muss das Tempo der Reformen (und die Kapazitäten ihrer Verwaltung weiter aufbauen) anziehen, will sie die EU-Mitgliedschaft in absehbarer Zeit verwirklichen und nicht vom anderthalb Jahre später gestarteten Serbien überholt werden, dessen zukünftige Regierung mit einem starken Reformauftrag in die Verhandlungen startet. Premier Djukanovics Regierungspartei DPS steht seit Verhandlungsbeginn im In- und Ausland unter Erfolgsdruck: Montenegros Bürger wollen endlich den Weg aus der Wirtschaftskrise und konkrete Ergebnisse in der Bekämpfung der Vetternwirtschaft sehen. Letztere sehen die Opposition und Akteure in der Zivilgesellschaft als Folge der langjährigen politischen Dominanz Djukanovics und der engen Verflechtung von Politik- und Wirtschaftsinteressen. Nicht verwunderlich also, dass die im Mittelpunkt der Beitrittsverhandlungen stehenden und von der

EU geforderten Reformen zum Rechtsstaat auf sich warten lassen?

Ein Schritt vor, zwei zurück

Zwar wurden die relevanten Verhandlungskapitel 23 und 24 (plus zwei weitere, Industriepolitik und Wirtschaftsrecht) im vergangenen Dezember eröffnet, nachdem das Parlament im Sommer 2013 die lange geforderten, notwendig gewordenen Verfassungsänderungen zur Stärkung einer unabhängigen Justiz endlich beschlossen hatte. Doch zuvor waren zwei Verurteilungen zu Schlüsselfällen der Korruption um den jetzt gefassten Drogenboss Saric und das Bauprojekt Savala aufgrund von Verfahrensfehlern aufgehoben worden: Bis heute kann Montenegro nicht eine Verurteilung in hochrangigen Korruptionsfällen vorweisen. Der Verdacht politischer Einflussnahme auf die Justiz hat sich zudem in der internationalen Gemeinschaft als auch in der Bevölkerung verstärkt, nachdem Tonbandaufnahmen an die Öffentlichkeit kamen, die eine unzulässige Einflussnahme von DPS-Funktionären auf die Wahlentscheidung Staatsbediensteter während der vergangenen Präsidentschaftswahlen nahelegten. Der damalige Staatsanwalt wollte jedoch keinen Hinweis auf strafrechtliche Relevanz erkennen, eine parlamentarische Untersuchungskommission verlief aufgrund mauernder DPS-Abgeordneter erst kürzlich im Sande.

Parlamentsboykott der Opposition

Die politische Opposition, die sich seit den letzten Wahlen aus verschiedenen Parteien des rechten und linken Lagers weitgehend zusammengetan hat, im Alltag aber immer wieder interne Gegensätze ausfechten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MONTENEGRO

HENRI BOHNET

20. März 2014

www.kas.de/serbien

muss, boykottiert seitdem im Wesentlichen die Parlamentsarbeit: EU-relevante Reformen sind so nur schwer zu beschließen, ihnen mangelt es an ausreichender Legitimation. Aktueller Boykottanlass ist jetzt das Scheitern eines neuen und von der EU geforderten Wahlgesetzes durch die DPS, die in dem Entwurf zu hohe Hürden für die parlamentarische Beteiligung der Parteien ethnischer Minderheiten (Bosniaken und Albaner, traditionelle Verbündete und Mehrheitsbeschaffer der DPS) erkannt haben will. Das Wahlgesetz war nach den Vorkommnissen der Präsidentschaftswahlen (s.o.) von einer neu eingerichteten Parlamentskommission zur „Wiederherstellung des Vertrauens in den Wahlprozess“ ausgearbeitet worden und soll als Rechtsgrundlage für die aktuell aufgeschobenen Kommunalwahlen dienen. Jedoch bleibt das Vertrauen der Bürger in ihre gewählten Vertreter beschädigt, wenn diese zusehen müssen wie hier einmal die Regierung mauert, dort einmal die Opposition boykottiert.

Medien zunehmend unter Druck

Verstärkt wird dieses destruktive Verhalten durch die stark polarisierte Medienlandschaft, in der eine sachliche Diskussion aktueller Probleme zwischen den klar aufgeteilten Lagern der regierungsnahen und der deutlich lautstärkeren regierungskritischen Stimmen immer weniger möglich erscheint. Zudem häufen sich die Fälle von Übergriffen auf die Oppositionsmedien; auch international wird immer stärker kritisiert, dass Djukanovics Regierung diese weder verhindern, noch weniger aber aufklären kann. Es mutet in diesem kleinen Staat merkwürdig an, dass von den Dutzenden Angriffen auf Journalisten in den letzten 15 Jahren (darunter Mord, Brand- und Bombenanschläge) bisher kein einziger von den Polizeibehörden zufriedenstellend, also unter Ermittlung der jeweiligen Hintermänner, aufgeklärt werden konnte.

Wirtschaftspolitik ohne klaren Kurs

Die Polarisierung der Öffentlichkeit, das fehlende Aufeinanderzugehen – von Regierung und Opposition – untergräbt die Fähigkeit Podgoricas, effektive Antworten auf drin-

gende Fragen nicht nur in der Politik, sondern vor allem auch in der Wirtschaft zu geben: Die Staatsverschuldung hat sich seit 2007 mehr als verdoppelt und geht, rechnet man die Schulden der Kommunen und Staatsbetriebe mit, auf die Überschreitung der Maastrichtgrenze von 60 Prozent zu. Montenegro, das zu seiner Unabhängigkeit einseitig den Euro als Zahlungsmittel übernahm, muss noch mehr als seine Nachbarn mit eigenen Währungen auf die Wahrung makroökonomischer Balance und fiskalpolitischer Zurückhaltung achten. Doch das Gleichgewicht ist insbesondere durch die ungelösten Wirtschaftsprobleme bedroht, nicht zuletzt aufgrund des Bankrotts des mit millionenschweren Staatsgarantien versehene Aluminiumwerks KAP, dessen russischer Miteigner die montenegrinische Regierung auf Schadensersatz in dreistelliger Millionenhöhe verklagen will. Gleichzeitig wächst die Wirtschaft des Landes nach der bis 2012 anhaltenden Rezession zu langsam (offiziellen Angaben zufolge aktuell knapp 2%), um die wachsende Arbeitslosigkeit (im Vergleich zum Vorjahr von 13.7%) auf derzeit 15% aufzuhalten.

Ablenkungsmanöver? Thema NATO-Beitritt

Vor dem Hintergrund dieser wachsenden Probleme hat die Regierung jüngst bekannt gegeben, was bis vor Kurzem noch Tabuthema war: Montenegro will schnellstmöglich NATO-Mitglied werden. Als Teilstaat von Milosevics Jugoslawien hat das Land die NATO-Bombardierungen während des Kosovo-Konflikts 1999 miterlebt; große Teile der Bevölkerung, darunter insbesondere die zahlreichen Serben, sowie Teile der politischen Opposition sind gegen einen Beitritt. Jedoch zeigen Trends in neueren Umfragen, dass ein gesellschaftlicher Sinneswandel eintritt: im Dezember sprachen sich in einer repräsentativen Umfrage 38% für, 45% gegen einen Beitritt aus, wobei das Lager der Gegner offenbar schrumpft.¹ Nachdem Mon-

¹ Vgl.:

<http://www.cedem.me/en/programmes/empirical-research/other-opinion-polls/viewdownload/41-other-opinion->

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MONTENEGRO
HENRI BOHNET

20. März 2014

www.kas.de/serbien

tenegro bereits den dritten „MAP“ (Membership Action Plan) durchlaufen hat, hofft Podgorica auf eine Einladung zur Allianz bereits beim kommenden Gipfel in Wales.

Kooperation statt Konfrontation

Allerdings kann Djukanovics DPS kaum im Alleingang eine derart wichtige strategische Entscheidung treffen. Sie ist, wie auch in den anderen genannten Bereichen, auf politische Kooperation angewiesen. Die langjährige Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten scheint aufgrund akkumulierter Meinungsverschiedenheiten unwiederbringlich belastet. Und auch die für die erfolgsverwöhnte DPS ungewohnten Niederlagen bei kürzlichen Wahlen in den Kommunen Ulcinj und Berane sollte der Premier als Mahnung verstehen: Ein „Weiter-so“ in seiner Politik der absoluten DPS-Dominanz, die frühere Skandale, die Medienübergriffe und politisches Fehlverhalten bis vor Kurzem noch unter den Teppich kehren konnte, wird weder von der Bevölkerung noch von der EU weiter toleriert: für die Fülle der vor Montenegro stehenden Herausforderungen sind Zugeständnisse, Transparenz und die Zusammenarbeit mit (Teilen) der Opposition notwendig. Von der Opposition aber, die es bisher nicht schaffen konnte, der Bevölkerung glaubhafte und zudem mehrheitsfähige Politikalternativen zu präsentieren, ist mehr Konstruktivität und politische Professionalität gefragt. Gerade von der (Zusammen-)Arbeit im Parlament wird es abhängen, ob Montenegro im Vergleich mit seinen Nachbarn auch in Zukunft vorne bleibt.